

Konventionelle Landwirte nicht mehr systemrelevant

Agrarpolitik: Trotz Bauern-Protest verabschiedet das Bundeskabinett sein Insektenschutzpaket / „Freie Bauern“ gegen „verwirrte Veganer“?

CHRISTIAN SCHREIBER

Seit 2019 demonstriert die Initiative „Land schafft Verbindung“ (LsV) mit ihren Traktoren in vielen Städten gegen die Agrar- und Umweltpolitik der Bundesregierung und der EU. Seit Ende Januar waren die Bauern wieder in Berlin, auch der Februarschnee hat die jedes Wetter gewöhnten Landwirte nicht vertreiben können. Doch weder das Agrarpaket noch die Düngeverordnung konnten verhindert werden.

Vorige Woche hat das Bundeskabinett das Insektenschutzpaket beschlossen. Es besteht aus einer Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes und der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung. Damit versuche „die Koalition noch auf den letzten Metern vor der Bundestagswahl im Herbst, ihre jahrelangen Versprechungen zum Insektenschutz umzusetzen“, erklärte Olaf Bandt, Chef des Bunds für Umwelt und Naturschutz.

Damit erklärt Bandt auch, warum der Trecker-Corso vergeblich war: 1990 gab es noch 629.700 Höfe. Die Bauernfamilien waren noch wahlentscheidend. 2020 gab es bundesweit noch 266.700 Agrarbetriebe – Tendenz sinkend. Die meisten Erntehelfer sind Ausländer und nicht wahlberechtigt. Doch allein das Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern“ erhielt 1,74 Millionen Unterschriften. Sprich: 18,3 Prozent der Bürger beeindruckte 2019 die von ÖDP, Grünen und Umweltschützern gestartete Kampagne „Rettet die Bienen!“ Dies sei „eine Richtungsentscheidung zu einer modernen, nachhaltigen Agrarökologie, die tatsächlich die Herausforderungen von Artenschwund und Klimawandel aufnimmt“, erklärte CSU-Ministerpräsident Markus Söder anlässlich der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Münchner Landtag – nur fünf Monate nach der Unterschriftenauszählung. „Fairerweise



Traktoren-Corso zum Brandenburger Tor: Biolebensmittel sind auf dem Markt praktisch Nischenprodukte

se müssen wir sagen, daß jetzt mehr umgesetzt wird, als wir uns selbst am Anfang erwartet haben“, fand sogar ÖDP-Vizechefin Agnes Becker.

Herbizidverbot schränkt deutschen Ackerbau ein

Die zu Anfang der Corona-Pandemie von der Regierungspolitik beschworene „Systemrelevanz“ der Landwirte zählt da wenig: Außer einigen Lieferschwierigkeiten bei Milchprodukten im Frühjahr 2020 haben die ins Homeoffice geflohenen Klima- und Umweltaktivisten keine Not gelitten. Die Bauern haben unverdrossen weiterproduziert. Die bundesweit 2,4 Millionen Beschäftigten im Gastgewerbe oder die 140.000

Friseur sind längst wahlentscheidend – deswegen wurde coronabedingt die Kurzarbeit massiv ausgeweitet und das Hartz-IV-System temporär an weniger Bedingungen geknüpft.

Die etwa 20.000 Biohöfe betrifft das Biozidverbot in Schutzgebieten, der Ausstieg aus der Glyphosat-Nutzung oder die Problematik der Gewässerrandstreifen nicht, aber sie bewirtschaften nur sieben Prozent der Agrarfläche in Deutschland. „Besonders das Verbot von Herbiziden, also Mitteln gegen Unkraut, schränkt den Ackerbau sehr ein“, erklärte Sebastian Schramm, Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Fulda-Hünfeld. „Die Betriebe würden faktisch gezwungen werden, ihre Flächen ökologisch zu bewirtschaften.

Doch für diese Produkte fehlt es noch an Abnehmern.“

Das gesteht sogar das Umweltbundesamt ein: Biolebensmittel seien mit einem Marktanteil von knapp sechs Prozent in Deutschland „Nischenprodukte“. Und selbst die kommen bei Aldi, Lidl & Co. oft aus dem Ausland. Und die riesigen „gespritzten“ Mais- oder Rapsfelder sind nicht der Liebe zur mexikanischen Küche und dem kräftigen Pflanzenöl geschuldet: Als „erneuerbare“ Energiepflanzen sollen sie die deutsche CO₂-Bilanz schönen. Daß Strom aus Biomasse und Ökosprit das Klima retten soll und manchem pfiffigen Bauern das Konto füllt, ist rein gesetzlich bedingt.

Die Ausnahmen für das Herbizid-Verbot – etwa im Gemüse- und Obst-

anbau, bei der Saatgutvermehrung, bei Hopfen oder Wein – und die teilweise Freiwilligkeit der Insektenschutzmaßnahmen stehen zudem unter Vorbehalt: Es drohe „ein erneutes Vertragsverletzungsverfahren durch die EU, wenn Deutschland den Verpflichtungen aus der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie nicht nachkommt“, warnte Christiane Huxdorf von Greenpeace. „Dann sind viel stärkere Einschränkungen und umfassende Pestizidverbote unumgänglich.“

Schon 2016 hatte die EU-Kommission Deutschland wegen hoher Nitratbelastung des Grundwassers in einigen Agrarregionen verklagt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) gab Brüssel 2018 recht. Allerdings hatte der Bund damals bereits das Düngerecht entsprechend geändert. Aber erst ab 2025 ist die breitflächige Ausbringung von Gülle im Grünland fast vollständig verboten. Jede Einzelmaßnahme läßt sich ökologisch sinnvoll begründen – das alles zusammen bringt aber immer mehr Bauern in Existenznöte, denn auf dem EU- und Weltmarkt werden artenreiches Grünland und Streuobstwiesen nicht honoriert.

Unterstützung für die Bauern kommt bundespolitisch nur von FDP und AfD. Doch zumindest die „rechte“ Unterstützung ist einigen LsV-Aktivistinnen unangenehm, es gibt deshalb Streit. Davon hofft die in Halle ansässige Bewegung „Freie Bauern“ zu profitieren, die nicht nur das Insektenschutzpaket, sondern auch Agrarkonzerne, Freihandelsabkommen, eine Neuaufgabe der Gentechnik oder patentierbare Züchtungen ablehnt. Linksgrün ist das allerdings nicht gemeint: „Wir lassen uns nicht in die Produktion reinreden von scheinheiligen Tierschützern und verwirrten Veganern“, heißt eine weitere drastische Forderung.

- ▶ landschaftverbindung.de
- ▶ www.freiebauern.de
- ▶ www.bauernverband.de/themendossiers/umwelt-artschutz

Sanktionen gefährden deutschen Mittelstand

DORTMUND. Der Unternehmer Oliver Hermes hat vor einem verschärften Konfrontationskurs gegenüber Rußland gewarnt. „Wirtschaftssanktionen schaden in der Regel der eigenen Wirtschaft mindestens ebenso sehr wie dem sanktionierten Land. Schließlich beruhen Handelsbeziehungen auf gegenseitigem Nutzen“, erklärte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft im *Handelsblatt*. Ein Stopp des Weiterbaus der Ostseepipeline Nord Stream 2 (JF 3/21) würde zu einer geringeren Versorgungssicherheit und höheren Energiekosten führen. Wirtschaftssanktionen könnten dazu führen, daß sich das sanktionierte Land anderen Partnern zuwende. „So hat Rußland längst damit begonnen, sein Gas verstärkt nach China zu verkaufen“, erläuterte der Chef des Dortmunder Maschinenbauers Wilo. „Immer neue Sanktionsrunden gefährden zunehmend die Freiheit und das Funktionieren der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und damit gerade den exportorientierten deutschen Mittelstand.“ Für Deutschland wäre es fatal, „günstiges Pipelinegas künstlich zu verknappen, bevor Alternativen zur Verfügung stehen“. (fis) ▶ www.ost-ausschuss.de

DIW: „Klimaschädlinge voll zur Kasse bitten“

BERLIN. Die Ökonomin Claudia Kemfert hält den massiven Energiepreisanstieg in Deutschland (JF 7/21) für unzureichend. „Fair und wirkungsvoll wäre es, man würde für Klimaschädlinge wie Kerosin, Diesel, Benzin und Gas stärker und angemessen zur Kasse bitten und alle realistisch an den verursachten Klimawandel-Folgekosten beteiligen“, erklärte die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW *Wochenbericht* 6/21). Der via Brennstoffemissionshandelsgesetz (JF 43/20) eingeführte CO₂-Preis sei viel zu niedrig: „Statt den Preis pro Tonne CO₂ bei 195 Euro anzusetzen, wie es nach Schätzung des Umweltbundesamts notwendig wäre, ist der fossile Spaß zum Schnäppchenpreis von anfangs 25 Euro und später 60 Euro zu haben“, kritisierte Kemfert. Zudem belohne die Pendlerpauschale „das Vielfahren von emissionsstarken Verbrennern“. (fis) ▶ www.claudiakemfert.de

„Wie wir lernen, mit dem Virus zu leben und zu arbeiten“

Wirtschaftspublizistik: Clemens Fuest analysiert die gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie / Zukunftsprogramm eines liberalen Ökonomen

DIRK MEYER

Ein spannend konzipiertes Buch bietet Clemens Fuest mit „Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Corona-Krise“, das sich durch die unaufgeregtere Analyse von manch anderen Schnellschüssen wohltuend unterscheidet. Der Autor, seit 2016 als Nachfolger von Hans-Werner Sinn Präsident des Ifo-Instituts, ist ein Finanzwissenschaftler mit vielfältigen Kontakten zu Wissenschaft, Politik, Beratung und Öffentlichkeit. Aus dieser Zusammenarbeit entstand ein thematisch umfassendes Werk zur Corona-Krise, das allerdings bereits vor dem zweiten Lockdown abgeschlossen wurde.

Den in diese Zeit passenden Anspruch, „Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen“, muß der Münchner VWL-Professor aber

nicht bemühen, denn die Vorhersage im Corona-Nebel ist nicht sein Anliegen. Vielmehr weiß er als Wissenschaftler, daß zunächst das Erkennen von richtigen Frage- und Problemstellungen wichtig ist, um handlungsleitende Antworten zu finden. Dabei werden von ihm weniger konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, sondern vielmehr Strukturen aufgezeigt. Diese eröffnen Alternativen, die Fuest kritisch, aber offen diskutiert.

Fuest geht sehr systematisch vor, indem er sich von der Kurzfrist- zur Langfristperspektive vorarbeitet. Dabei führt

der anfängliche Blickwinkel von der Prozeßpolitik, die wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Behebung der ökonomischen Folgen der Corona-Krise aufzeigt, im Laufe des Buches zunehmend hin zu ordnungspolitischen Strukturen, die die Aufstellung angemessener Rahmenregeln des Wirtschaftens betreffen.

Wie im Vorwort beschrieben, geht es dem 52-jährigen insbesondere um den Wandel von Verhaltensweisen und Institutionen, also um langfristig wirkende Anpassungen, die durch die Pandemie hervorgerufen werden. So lautet eine Überschrift „Wie wir lernen, mit dem Virus zu leben und zu arbeiten“ – eine These, mit der der Bonner Virologe Hendrik Streeck kürzlich mediale Diskussionen auslöste.

Letztlich geht es Fuest darum, wie Stabilität und wirtschaftlicher Wohlstand langfristig wieder gesichert werden können. Anstößig mag manchem der

Buchtitel vorkommen, geht es doch um die Menschen und die Gesellschaft als Ganzes. Allerdings tut man Fuest damit unrecht, denn als eher ordoliberaler Ökonom ist ihm das gesellschaftliche Wohl bei Freiheit der Bürger, Wettbewerb und staatlicher Rechtssetzung ein selbstverständliches Anliegen.

Seine Ausführungen beginnen mit einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Folgen, auch im Vergleich zur Finanzmarktkrise (2008/09) und Weltwirtschaftskrise (1929/32). Die getroffenen staatlichen Hilfen werden überwiegend positiv bewertet. „Mit dem Virus leben“ heiße, gesundheitliche und wirtschaftliche Belange zugleich zu berücksichtigen – es gebe kein Entweder-Oder. Auch spricht er sich für regionale und sektorale Maßnahmen aus, denn Vielfalt ermöglicht ein Lernen.

In mittelfristiger Perspektive werden Gefahren und Lösungen zu Themen wie

Schulden und Inflation, das Wettbewerbsverhalten der Internetkonzerne, eine effektive und effiziente Klimapolitik, die Ungleichheit von Bildungschancen, die Überforderung des Sozialstaates, neue Globalisierungstrends und die Zukunft einer kriselnden EU und Währungsunion diskutiert. Im Schlusssatz zeigt Fuest das Zukunftsprogramm eines liberalen Ökonomen auf. Das Buch gefällt durch seine verständliche und zugleich fachliche Analyse, ohne daß offensichtliche politische Werturteile mitschwingen. Den glatten Lesefuß stören weder Fußnotenverweise, noch wird auf ein Literaturverzeichnis verzichtet. Wohltuend wirkt in diesen Zeiten die optimistische Sichtweise: Es ist lesenswert – nicht nur für den ökonomisch Interessierten.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



Clemens Fuest: Wie wir unsere Wirtschaft retten – Der Weg aus der Corona-Krise. Aufbau-Verlag, Berlin 2020, broschiert, 277 Seiten, 18 Euro

Zahl der Woche

57,8 Millionen Fluggäste starteten oder landeten 2020 auf den 24 deutschen Verkehrsflughäfen. Das waren 74,5 Prozent weniger als im Vorjahr, wo 226,7 Millionen Passagiere gezählt wurden. Die Luftfracht reduzierte sich nur um 4,1 Prozent auf 4,5 Millionen Tonnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



»Verschwörungstheorie« – was ist dran?

Die Psychoanalyse muß kein Geschwätz sein. Bei Freud war sie es nicht, bei uns ist sie es auch nicht.

System ubw – ZEITSCHRIFT FÜR KLASSISCHE PSYCHOANALYSE
Doppelheft Februar 2021, 141 S., € 12,- / ISBN 978-3-89484-726-5

www.ahriman.com



Achtung: Alle unsere Verlagsartikel sind lieferbar!
Telefonische Bestellung ist immer möglich.
☎ 0761/502303